

Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM);

Abfallgebühren 2016 – 2018

Änderung der

- **Hausmüllentsorgungsgebührensatzung**
- **Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung**
- **Gartenabfall-Gebührensatzung**
- **Hausratsperrmüllgebührensatzung**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04221

**Kurzübersicht zum Beschluss des Kommunalausschusses als Werkausschuss für
den Abfallwirtschaftsbetrieb München vom 15.10.2015 (VB)**

Öffentliche Sitzung

Stichwort	Abfallgebühren 2016 bis 2018
Anlass	Neuer Kalkulationszeitraum 2016 bis 2018
Inhalt	Neukalkulation der Abfallgebühren sowie Änderung der Abfall-Gebührensatzungen.
Entscheidungsvorschlag	Der Stadtrat beschließt die in Anlage 4 – 7 beigefügten Änderungs-satzungen.
Gesucht werden kann auch nach:	Abfallgebühren, Satzungsänderungen

I. Vortrag des Referenten

1. Abfallwirtschaftliche Rahmenbedingungen	1
2. Finanzentwicklung	2
3. Bisherige Gebührenentwicklung	3
4. Gebührenkalkulation 2016 – 2018	3
4.1 Grundsätze der Gebührenkalkulation	3
4.2 Ausblick auf die Erlössituation beim Fremdmüll	4
4.3 Kalkulatorische Kosten	5
4.4 Leistungen ohne separate Gebühr	5
4.5 Ergänzende Serviceangebote	5
4.6 Anlieferungen am Entsorgungspark	6
5. Neukalkulation der Abfallgebühren	6
5.1 Neukalkulation	6
5.2 Anhebung der Abfallgebühren im Kalkulationszeitraum 2016 – 2018	6
5.3 Gebühr für Schwerkraftschlösser	8
5.4 Mietgebühr für Umleerbehälter in der Hausmüllgebührensatzung	9
5.5 Prüfung der Kalkulation	9
5.6 Sonstige Änderungen in den Abfallgebührensatzungen	9
5.7 Gebührenentwicklung bis 2018 bei Änderung der Hausmüllgebührensatzung	10
6. Gebührenvergleich	10
7. Risiken künftiger Entwicklung	11
7.1 Geplantes Wertstoffgesetz	11
7.2 Mögliche Umsatzsteuerpflicht für kommunale Unternehmen	12
8. Änderungen in den Gebührensatzungen	12
8.1 Hausmüllentsorgungsgebührensatzung (Anlage 4)	12
8.2 Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung (Anlage 5)	13
8.3 Gartenabfallgebührensatzung (Anlage 6)	13
8.4 Hausratsperrmüllgebührensatzung (Anlage 7)	13
9. Einbindung der Rechtsabteilung des Direktoriums	13
10. Entscheidungsvorschlag	13
11. Begründung für die verspätete Abgabe	14
12. Beteiligung der Bezirksausschüsse	14
13. Unterrichtung der Korreferentin und der Verwaltungsbeirätin	14
14. Beschlussvollzugskontrolle	14

II. Antrag des Referenten 15**III. Beschluss 15**

Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM);

Abfallgebühren 2016 – 2018

Änderung der

- **Hausmüllentsorgungsgebührensatzung**
- **Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung**
- **Gartenabfall-Gebührensatzung**
- **Hausratsperrmüllgebührensatzung**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04221

Anlagen:

1. Betrachtung des Betriebsergebnisses 2014 und der Planung 2015
2. Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2016 - 2018
3. Gebührenentwicklung Restmüllgefäße
4. Hausmüllentsorgungsgebührensatzung
5. Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung
6. Gartenabfall-Gebührensatzung
7. Hausratsperrmüllgebührensatzung
8. Zusammenfassung BIFA-Gutachten

Beschluss des Kommunalausschusses als Werkausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb München vom 15.10.2015 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Abfallwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum 31.12.2015 endet die derzeit geltende dreijährige Gebührenperiode 2013 – 2015. Die hierfür im Jahr 2012 durchgeführte Gebührenkalkulation war insbesondere geprägt durch Unwägbarkeiten, die sich aus der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergeben würden. Die ursprünglich befürchteten negativen Auswirkungen von gewerblichen Sammlungen haben sich jedoch nicht eingestellt.

Nunmehr steht die Einführung eines Wertstoffgesetzes an, das ebenfalls Auswirkungen auf das Gebührenaufkommen haben kann. Näheres dazu wird unter Punkt 7.1 erläutert.

Der Verwertungsmarkt für die gesammelten Wertstoffe ist nach wie vor von größeren Volatilitäten geprägt. Während die Erlöse für Altpapier 2013 und 2014 besser ausgefallen sind als in der Gebührenprognose zu Grunde gelegt, sind sie in der Zwischenzeit wieder etwas gesunken. Ebenso sind die Verwertungserlöse für Almetalle wieder gesunken.

2. Finanzentwicklung

Die Finanzentwicklung zum Ende der Gebührenperiode 2013 bis 2015 stellt sich günstiger dar, als es die Prognose erwarten ließ. Anstelle der prognostizierten Rücklagenentnahme von rund 86 Mio. € sind nur rund 10 Mio. € entnommen worden. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Mehreinnahmen:

- Bei den Verwertungserlösen konnten gute Ausschreibungsergebnisse erzielt werden, teilweise wurden auch die Sammelmengen erhöht.
- Die Einnahmen bei den Restmüllgefäßen konnten durch zahlreiche Neuanschlüsse gesteigert werden.
- Die Restmüllmengen bei den Selbstanlieferern gingen entgegen den Erwartungen nicht zurück.

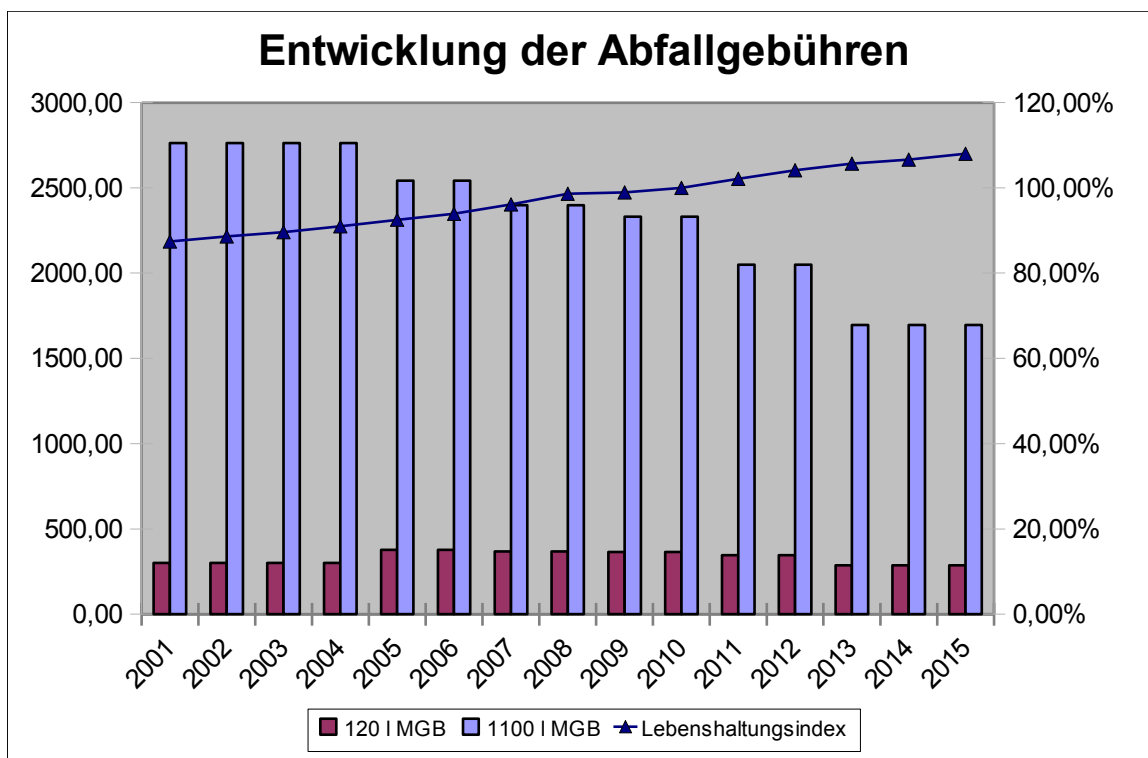
Minderausgaben:

- Bei den Verwertungskosten wurden die prognostizierten Ansätze nicht erreicht.
- Geplante Instandhaltungskosten bei Grundstücken und Gebäuden konnten wegen der Arbeitsüberlastung im Baureferat noch nicht durchgeführt werden.
- Durch konsequentes Kostencontrolling konnten in vielen Sachkostenbereichen Einsparungen, zum Teil im niedrigen sechsstelligen Bereich, erzielt werden.
- Die geplanten Personalkosten fielen durch Probleme bei Stellenbesetzungen (z. B. bei Mangelberufen) und Verzögerungen bei den Neueinstellungen um ca. 3 Mio. € niedriger aus.

In der Anlage 1 ist das Ergebnis 2014 und die aktualisierte Hochrechnung für das Jahr 2015 dargestellt. Die Daten weichen von den Zahlen im 2. Zwischenbericht, der in gleicher Sitzung vorgelegt wird, ab, da es sich hier um eine gebührenrechtliche Sichtweise und nicht um die handelsrechtliche Betrachtung des Zwischenberichtes handelt.

3. Bisherige Gebührenentwicklung

Seit 2005 konnte der AWM die Abfallgebühren für Müllgroßbehälter (MGB) mit 0,77 m³ und 1,1 m³ **fünfmal** hintereinander senken; die Gebühren für die Müllbehälter mit 80 l, 120 l und 240 l Fassungsvermögen konnten **viernal** in Folge gesenkt werden. In der nachstehenden Abbildung wird die Gebührenentwicklung anhand der beiden in München am häufigsten verwendeten Müllgefäße (120 l MGB und 1.100 l MGB) über einen Zeitraum von 15 Jahren dargestellt.



4. Gebührenkalkulation 2016 – 2018

4.1 Grundsätze der Gebührenkalkulation

Nach Art. 7 Abs. 2 Gesetz zur Vermeidung, Verwertung und sonstigen Entsorgung von Abfällen in Bayern (Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz, BayAbfG) i. V. m. Art. 8 Abs. 1 Satz 1 Kommunalabgabengesetz (KAG) erheben die Gemeinden Benutzungsgebühren. Die Benutzungsgebühr ist eine Abgabe, die eine Gegenleistung für eine **besondere Inanspruchnahme** der Produktions- und Dienstleistung einer Kommune darstellt.

Die Benutzungsgebühr muss der Höhe nach der Leistung entsprechen, die die Stadt mit der öffentlichen Abfallentsorgung erbringt. Die durch die öffentliche Abfallentsorgung entstehenden Kosten sind durch die Gebühr abzudecken. Kosten und Gegenleistung unterliegen dem **Äquivalenzprinzip**.

Gemäß Art. 8 Abs. 4 KAG sind die Gebühren nach dem Ausmaß der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung zu bemessen. Da das Ausmaß der Inanspruchnahme der städtischen Abfallentsorgung nicht exakt wie der Strom oder Wasserverbrauch gemessen

werden kann, muss die Gebühr nach einem **Wahrscheinlichkeitsmaßstab** bestimmt werden.

Weiterhin gilt das **Kostendeckungsprinzip**. Dieses besagt, dass das Gebührenaufkommen die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken soll. Eine bewusste Überdeckung ist stets unzulässig. Dagegen ist eine ungewollte Überschreitung oder aber auch eine Unterschreitung zunächst unschädlich, soweit sie im nächsten Kalkulationszeitraum gebührenmindernd oder gebührenerhöhend wieder berücksichtigt wird. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Landeshauptstadt München nicht dem Vorwurf ausgesetzt ist, sie lasse sich gewährte Vorteile „über Gebühr“ erstatten. Des Weiteren soll ausgeschlossen werden, dass die Allgemeinheit zur Finanzierung der Begünstigung Einzelner über die allgemeinen Steuermittel herangezogen wird.

Der **Gleichheitssatz** des Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz (GG) und des Art. 118 Verfassung des Freistaats Bayern (BV) ist bei Abgabesatzungen von außerordentlich großer Bedeutung. Er verlangt, dass wesentlich Gleiches nicht ungleich und wesentlich Ungleiches nicht gleich behandelt wird (sog. Willkürverbot). Überall dort, wo Sachverhalte nicht wirklich „wesentlich“ gleich oder ungleich sind, darf sachgerecht differenziert bzw. pauschaliert werden.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Kalkulation von Gebühren sind sehr eng gefasst. Überdeckungen sind im folgenden Kalkulationszeitraum **zwingend** auszugleichen, Unterdeckungen können ausgeglichen werden. Damit kann es aber zu gravierenden Sprüngen bei der Gebührenhöhe kommen. Ein privatrechtlicher Gewerbebetrieb würde sich hier anders verhalten und versuchen, seine Preise zu nivellieren und so berechenbare Leistungspreise zu bieten. Hierzu wäre eine Flexibilisierung des KAG notwendig, um auch die Berechenbarkeit von Gebührensprüngen zu steigern. Der AWM hat über lange Jahre die Gebühren stets gesenkt und muss diese nun erstmals wieder erhöhen. Nachdem das KAG keine geplanten Überdeckungen zulässt, können für künftig absehbare Investitionen (z. B. in die Müllverbrennung) durch Gebühren keine Rücklagen angespart werden, sodass es künftig zu weiteren Gebührensteigerungen kommen kann.

Zum 31.12.2015 endet der derzeitige Kalkulationszeitraum (01.01.2013 – 31.12.2015), so dass die Abfallgebühren für den nächsten Kalkulationszeitraum neu kalkuliert werden müssen. Unter Beachtung des Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzips werden die Abfallgebühren für einen dreijährigen Kalkulationszeitraum (01.01.2016 – 31.12.2018) neu festgelegt.

4.2 Ausblick auf die Erlössituation beim Fremdmüll

Im kommenden Kalkulationszeitraum laufen die Fremdmüllverträge mit dem Landkreis Miesbach (VIVO KU) zum 31.12.2015 und mit dem Landkreis Starnberg zum 31.12.2017 aus. Der Landkreis Miesbach entsorgt seinen Restabfall künftig in der Müllverbrennungsanlage Rosenheim. Der Landkreis Starnberg wird die Entsorgung vermutlich neu aus-schreiben.

Es wird zwar erwartet, dass die Anliefermengen durch Gewerbemüll zur Beseitigung und zur Verwertung kompensiert werden können, der Erlös pro Gewichtstonne wird allerdings erheblich niedriger sein.

4.3 Kalkulatorische Kosten

Durch die Änderung von Art. 8 Abs. 3 Satz 2 KAG vom 08.07.2013 mit Inkrafttreten zum 01.08.2013 hat der Gesetzgeber ein Wahlrecht zur Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZ) eröffnet. Der Vorteil liegt darin, dass die erhöhten Abschreibungen die Innenfinanzierungskraft stärken, wenn zum Ende der Nutzungsdauer Ersatzinvestitionen getätigt werden. Von diesem Wahlrecht macht der AWM in diesem Kalkulationszeitraum (2016-2018) erstmalig Gebrauch. Bei der Ermittlung der Abschreibungen aus WBZ wurde die vom StMI empfohlene Indexmethode angewendet. Die durch die Abschreibung auf WBZ erzielbaren Mehrerlöse werden spätestens zum Ende des Kalkulationszeitraums, einschließlich einer angemessenen Verzinsung, in einer eigens zu bildenden Sonderrücklage eingestellt. Es handelt sich um zweckgebundene Mittel, die der Einrichtung wieder zugeführt und dem Gebührenschuldner voll zugutekommen, bzw. in späteren Kalkulationszeiträumen kostenmindernd wirken.

4.4 Leistungen ohne separate Gebühr

Um die Nutzung der Bioabfälle unter Ressourcenaspekten zu optimieren, enthält das KrWG im § 11 die Pflicht, überlassungspflichtige Bioabfälle zum Zwecke einer hochwertigen Verwertung spätestens ab dem 01.01.2015 getrennt zu sammeln. Diese Getrenntsammlung wird beim AWM bereits seit **Herbst 1999** flächendeckend im gesamten Stadtgebiet durchgeführt. Dennoch wurde bei der letzten Abfallanalyse noch ein erheblicher Anteil von Biomüll im Restmüll festgestellt. Der AWM startete deshalb im Juli 2015 einen Versuch im Stadtteil Neuhausen, mittels diverser Maßnahmen die Sammelmenge von Biomüll zu erhöhen. Dennoch werden für die Nutzung der Bio- und auch der Papiertonnen weiterhin keine separaten Gebühren erhoben. Damit soll erreicht werden, dass diese Wertstoffsammelsysteme noch stärker und weiterhin besonders sortenrein genutzt werden.

Ebenso bleibt die Nutzung der 12 Wertstoffhöfe als bewährter Baustein des Münchner Abfallwirtschaftskonzeptes für die Privathaushalte auch weiterhin gebührenfrei, sofern die jeweiligen Mengenbegrenzungen eingehalten sind. Für die Annahme von haushaltsüblichen Mengen an Hausratsperrmüll, sowie Problemstoffen und Wertstoffen auf den Wertstoffhöfen und beim Giftmobil, werden ebenfalls keine separaten Gebühren erhoben, was erheblich zur Entgiftung des Hausmülls beiträgt.

4.5 Ergänzende Serviceangebote

- Mit der Eröffnung der Wertstoffhöfe „Plus“ in der Lindberghstraße ab 2013 und in der Mühlangerstraße ab September 2014 wurde den Münchner Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben, größere Mengen an Hausratsperrmüll und Gartenabfällen gegen Gebühr abzugeben. Dieser Service wird von den Bürgern sehr gut angenommen.
- Um Müllbehälter gegen Fremdbefüllung zu schützen, besteht die Möglichkeit, die Behälter mit Schwerkraftschlössern auszustatten. Seit August 2013 befinden sich stadt-

weit diese Schlösser in der Versuchsphase, ohne dass Beschwerden oder Reklamationen aufgetreten wären. Nach der erfolgreichen Erprobung von Schwerkraftschlössern können diese zukünftig von Gebührenkunden bestellt werden, um die Behälter vor Fremdbefüllungen zu schützen.

- Umleerbehälter (80 bis 240 l), die nicht regelmäßig geleert werden, können zukünftig auch als Mietbehälter (im Rahmen der der Hausmüllgebührensatzung) bestellt werden, z. B. für die Benutzung bei Müllabwurfanlagen.

4.6 Anlieferungen am Entsorgungspark

Der AWM ist für die Anlieferungen von Asbest, Mineralwolle und sonstige Deponieabfälle entsorgungspflichtige Körperschaft. Der laufende Entsorgungsvertrag mit dem Entsorger hat eine Laufzeit bis 30.06.2017. Am 01.01.2016 wird erstmals eine Preissteigerung (wegen Preisgleitklausel) fällig. Diese Preiserhöhung muss durch Gebührenanpassungen an die Anlieferer weitergegeben werden.

5. Neukalkulation der Abfallgebühren

5.1 Neukalkulation

Aufgrund von besseren Verwertungserlösen einerseits und konsequenten betrieblichen Konsolidierungsmaßnahmen andererseits in der Gebührenperiode 2010 bis 2012 wurden die bis dahin vorhandenen Gebührenrücklagen nicht benötigt. Deshalb wurde für die vergangene Gebührenperiode eine Gebührensenkung um rund 17 % vorgenommen.

Damit lag das Gebührenaufkommen in den Jahren 2013, 2014, 2015 jedoch weit unter dem realen Kostenniveau. Allein die Personalausgaben haben sich im Zeitraum 2013 bis 2015 um rund 12% durch Tarifsteigerungen und andere Faktoren erhöht. Wie bereits unter Punkt 3 beschrieben, war die Finanzentwicklung auch in der letzten Gebührenperiode erfreulicher als sie der Kalkulation zu Grunde gelegt war. Deshalb verfügt der AWM am Ende dieser Gebührenperiode immer noch über Gebührenrücklagen von voraussichtlich ca. 76 Millionen €.

Diese Gebührenrücklage wird jedoch nicht ausreichen, um die im neuen Kalkulationszeitraum prognostizierten Kosten zu decken. Würde die bisherige Gebührenhöhe ab 2016 beibehalten werden, so entstünde trotz voller Ausschöpfung der noch vorhandenen Gebührenrücklage in Höhe von rd. 76 Mio € bis Ende 2018 eine **Unterdeckung** in Höhe von **fast 15 Mio. €** (s. Anlage 2). Deshalb wird für den anstehenden Kalkulationszeitraum eine moderate Gebührenanhebung erforderlich.

5.2 Anhebung der Abfallgebühren im Kalkulationszeitraum 2016 - 2018

Aufgrund der prognostizierten Kosten und der zu erwartenden Erlöse für die nächsten drei Jahre (siehe hierzu Anlage 2) ergibt die Kalkulation für die Jahre 2016 – 2018 eine leichte Gebührenerhöhung im Durchschnitt um 4,20 %. Grund dafür ist, dass trotz Berücksichti-

gung der vorhandenen Rücklage das Kostenniveau über dem Erlösniveau bleibt. Daraus ergeben sich folgende Änderungen:

- Die Gebührensätze im Restmüllbehälterbereich werden um 3,80 % bis 4,38 % erhöht.
- Die Gebührensätze für die gewerbliche Restmülltonne werden um 3,70 % bis 4,44 % erhöht.
- Für die Selbstanlieferer an der Verbrennungsanlage kann die Übernahmegebühr für Abfälle zur Beseitigung von bisher 121,42 Euro/Mg auf 120,85 Euro/Mg gesenkt werden. Dies entspricht einer Senkung um 0,47 %.
- Die Gebühr für die Anlieferung von Asbest und sonstigen Deponieabfällen zur Beseitigung wird um 8,63% auf 232,42 €/Mg erhöht.
- Die Gebühr für die Anlieferung von Mineralwolle am Entsorgungspark wird um 8,63% auf 370,00 €/Mg erhöht.
- Die Gebühr für die Anlieferung von Asbest und sonstige Deponieabfälle zur Beseitigung an der Annahmestelle in Außernzell wird um 8,63% auf 89,07 €/Mg erhöht.

Die Gebührenerhöhung für die Anlieferungen am Entsorgungspark Freimann beruht auf der Tatsache, dass der Vertrag mit dem Entsorger ausläuft, und zukünftig mit höheren Kosten (auch aufgrund gestiegener Mengen) zu rechnen ist (vergleiche Ziffer 4.6).

Die für die Jahre 2016 – 2018 geltenden Gebührensätze sind in den nachstehenden Tabellen dargestellt.

Die neuen Gebührensätze für die Restmüllbehälter im 3-Tonnen-System (Hausmüll und Gewerbemüll)				
Tonnengröße	Bis 31.12.2015	Ab 01.01.2016	Steigerung in €	Steigerung in %
80 l wöchentlich	223,08 €	232,44 €	9,36 €	4,20%
80 l 14-täglich	115,44 €	120,12 €	4,68 €	4,05%
120 l wöchentlich	287,04 €	297,96 €	10,92 €	3,80%
120 l 14-täglich	149,76 €	156,00 €	6,24 €	4,17%
240 l wöchentlich	482,04 €	502,32 €	20,28 €	4,21%
240 l 14-täglich	249,60 €	260,52 €	10,92 €	4,38%
0,77 m³ wöchentlich	1.258,92 €	1.311,96 €	53,04 €	4,21%
0,77 m³ 14-täglich	664,56 €	692,64 €	28,08 €	4,23%
1,1 m³ wöchentlich	1.695,72 €	1.765,92 €	70,20 €	4,14%
1,1 m³ 14-täglich	920,40 €	959,40 €	39,00 €	4,24%

Die neuen Gebührensätze für die Gewerberestmülltonne				
Tonnengröße	Bis 31.12.2015	Ab 01.01.2016	Steigerung in €	Steigerung in %
80 l wöchentlich	162,24 €	168,48 €	6,24 €	3,85%
80 l 14-täglich	84,24 €	87,36 €	3,12 €	3,70%
120 l wöchentlich	209,04 €	218,40 €	9,36 €	4,48%
120 l 14-täglich	110,76 €	115,44 €	4,68 €	4,23%
240 l wöchentlich	351,00 €	366,60 €	15,60 €	4,44%
240 l 14-täglich	182,52 €	190,32 €	7,80 €	4,27%
0,77 m³ wöchentlich	912,60 €	951,60 €	39,00 €	4,27%
0,77 m³ 14-täglich	478,92 €	499,20 €	20,28 €	4,23%
1,1 m³ wöchentlich	1.230,84 €	1.282,32 €	51,48 €	4,18%
1,1 m³ 14-täglich	664,56 €	692,64 €	28,08 €	4,23%

Die Gebührensätze für die einmalige Entleerung der Umleerbehälter		
Tonnengröße	Restmülltonne 3-Tonnen-System	Reduzierte Gewerberestmülltonne
80 l wöchentlich	4,47 €	3,24 €
120 l wöchentlich	5,73 €	4,20 €
240 l wöchentlich	9,66 €	7,05 €
0,77 m³ wöchentlich	25,23 €	18,30 €
1,1 m³ wöchentlich	33,96 €	24,66 €

5.3 Gebühr für Schwerkraftschlösser

Um dem Kundenwunsch Rechnung zu tragen, wird der Einbau dieser Schlösser in die Satzung aufgenommen. Die Gebühr richtet sich nach der Größe der Behälter. Die Schlösser bleiben im Eigentum des AWM, dem Kunden wird einmalig der Mehraufwand in Rechnung gestellt.

Für MGB 80 l – 240 l	100,00 € pro Behälter
für MGB 770 l – 1100 l	130,00 € pro Behälter

5.4 Mietgebühr für Umleerbehälter in der Hausmüllgebührensatzung

Die Mietgebühr für Umleerbehälter von 80 bis 240 l ist bisher nur in der Gewerbe- und Bauabfallgebührensatzung vorgesehen. Für Müllbehälter, die nicht regelmäßig durch den Abfallwirtschaftsbetrieb München entleert werden und beispielsweise benutzt werden bei Müllabwurfanlagen oder zur Befüllung von Containern, wird für Umleerbehälter von 80 l bis 240 l eine Gebühr von 3,30 € pro angefangenem Monat und Behälter erhoben.

5.5 Prüfung der Kalkulation

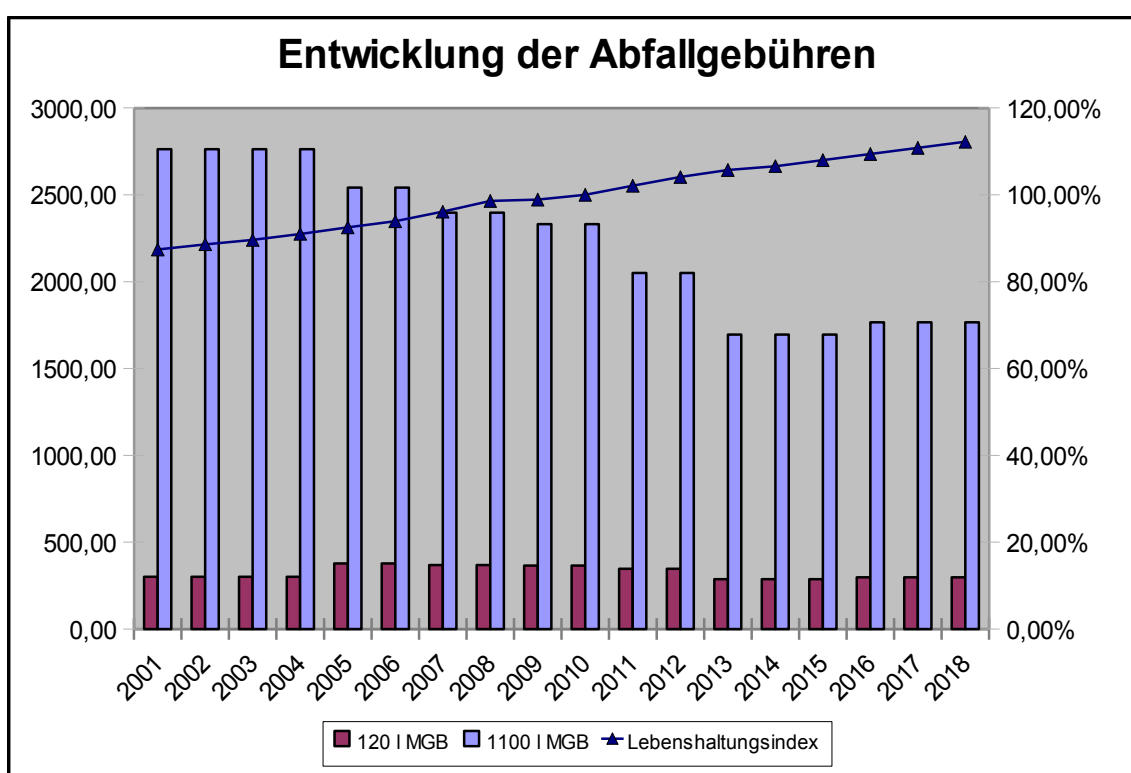
Der AWM hat die Kalkulation der Müllgebühren für den Zeitraum 2016 - 2018 bzw. die Nachkalkulation für den abgelaufenen Kalkulationszeitraum (2013 - 2015) vom Bayerischen Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik GmbH (BIFA) prüfen lassen. Die Zusammenfassung des Gutachtens liegt dieser Beschlussvorlage als Anlage bei (Anlage 8).

5.6 Sonstige Änderungen in den Abfallgebührensatzungen

In der Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung wird der Gebührentatbestand aus § 3 Abs. 9 Bst b „Anlieferung von ungefährlichen Gipsabfällen, die am ESP abgelagert werden“ ersatzlos gestrichen. Hintergrund ist, dass die bestehende Ablagerungsfläche am ESP nicht mehr zur Verfügung steht. Sollten diese Abfälle im Falle fehlender Verwertungsmöglichkeiten angeliefert werden, können sie zum Gebührensatz für Deponieabfälle zur Beseitigung zu 232,42 €/Mg angenommen werden. Die Ablagerung findet dann auf den Deponien Außernzell bzw. Hellersberg der AWG Donau-Wald GmbH im Rahmen des bestehenden Vertrages zur Entsorgung von Deponieabfällen statt.

5.7 Gebührenentwicklung bis 2018 bei Änderung der Hausmüllgebührensatzung

Die unter Ziffer 3 (Seite 3) dargestellte Entwicklung der Abfallentsorgungsgebühren bis 2015 würde sich nach der durchgeführten Gebührenanpassung nunmehr bis 2018 wie folgt fortsetzen:

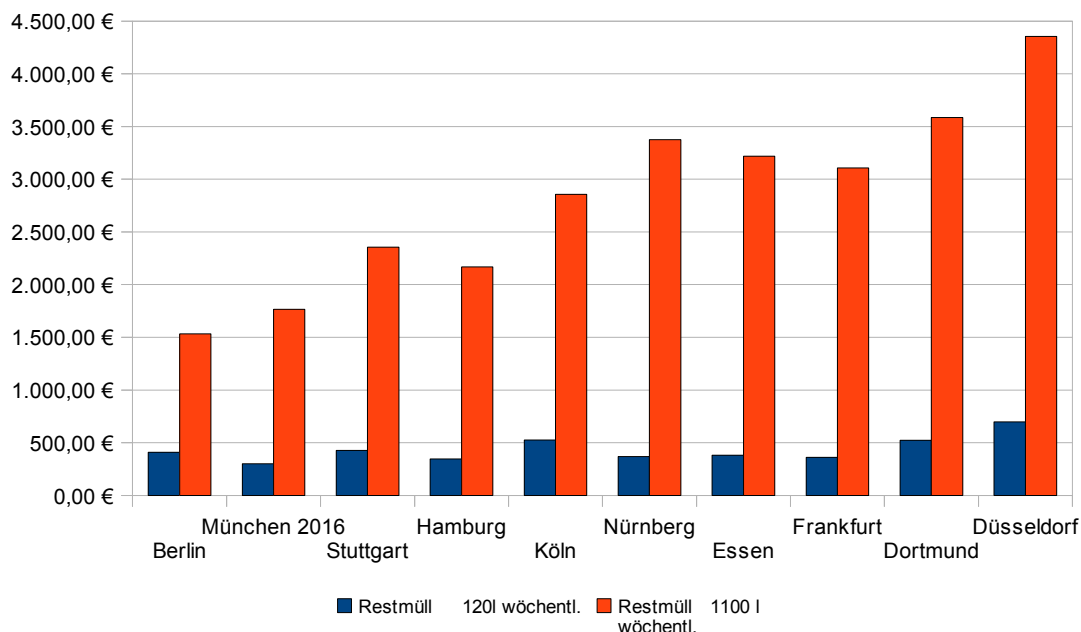


6. Gebührenvergleich

Gebührenvergleiche zwischen Kommunen sind immer problematisch, weil die Gebührensysteme der einzelnen Städte individuell auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt sind; insbesondere „verbergen“ sich hinter den Gebühren meist sehr unterschiedliche Leistungen und Qualitäten, die gänzlich unterschiedliche Kostenstrukturen nach sich ziehen. Der AWM hat deshalb eine Normierung der Leistungen und Gebührensätze von verschiedenen Großstädten durchgeführt. Daraus ergibt sich das nachstehende Bild:

Gebührenvergleich Großstädte incl. Wertstofftonnen

(München bereits für 2016, alle anderen 2015)



Wie dem Bild zu entnehmen ist, liegen die Abfallgebühren in München nach wie vor deutlich im unteren Bereich.

7. Risiken künftiger Entwicklung

7.1 Geplantes Wertstoffgesetz

Am 12. Juni 2015 haben sich die Berichterstatter der Bundestagsfraktionen aus CDU/CSU und SPD in Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium (BMUB) auf Eckpunkte für ein künftiges Wertstoffgesetz geeinigt. Auf der Grundlage dieser Eckpunkte soll nach der Sommerpause ein Arbeitsentwurf für ein neues Wertstoffgesetz vorgelegt werden.

Nach Informationen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DSTGB) wird sich der Entwurf an dem in den letzten Wochen diskutierten Modell der sog. „erweiterten Produktverantwortung mit kommunaler Steuerungsmöglichkeit“ orientieren. Damit käme es zur Einführung der Produktverantwortung – auch für stoffgleiche Nichtverpackungen aus Metall und Kunststoff – unter der Regie der dualen Systeme, die bisher ausschließlich für die Erfassung von Verkaufsverpackungen zuständig waren. Die Errichtung einer zentralen Stelle mit umfangreichen Kontrollbefugnissen zur Stabilisierung des Entsorgungssystems ist ebenfalls geplant.

Gemäß dem Eckpunktepapier soll die bisherige gelbe Tonne als sogenannte „Wertstofftonne“ aufgewertet werden. Sie soll nicht nur Verpackungen aufnehmen, sondern auch andere Wertstoffe aus Kunststoff und Metall, z. B. Kleiderbügel oder altes Plastikspiel-

zeug. So würde eine hochwertige, stoffliche Verwertung möglichst umfassend ausgeschöpft.

Nach den Vorstellungen des BMUB sollen die Kommunen jedoch in Zukunft die Struktur der Wertstoffsammlung selbst bestimmen können: wann und wie oft geleert wird, ob Sack oder Tonne, um eine bessere Abstimmung von Restmüll- und Wertstoffsammlung zu erreichen. Nach Auffassung des BMUB werden nach den derzeitigen Überlegungen die Einflussmöglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) durch ein Maßnahmenbündel gestärkt werden.

Nach Ansicht des Abfallwirtschaftsbetriebes München (AWM) handelt es sich jedoch bei den geplanten Mitwirkungsmöglichkeiten der örE um reine Placebo-Maßnahmen und es besteht aus Sicht der örE sowie des AWM ein klarer Nachsteuerungsbedarf.

Sollte das Wertstoffgesetz dennoch gemäß den derzeit vorliegenden Eckpunkten tatsächlich umgesetzt werden, hätte dies zur Folge, dass die Restmüllmengen, die bisher in den Verantwortungsbereich des AWM gefallen sind, weiter zurückgehen werden. Mit Einführung eines weiteren neuen Holsystems (Wertstofftonne) wird es vielfach zu Fehlwürfen in die kostenlos aufgestellten Wertstofftonnen kommen, mit der Folge, dass aufgestelltes – gebührenpflichtiges – Restmüllvolumen weiter reduziert wird.

Mit Einführung einer Wertstofftonne am Haus ist nach einer ersten Einschätzung des AWM aufgrund weiterer Reduzierung von Restmüllbehältern mit einem Gebührenverlust von ca. 10 bis 20 Prozent der derzeitigen Hausmüllentsorgungsgebühren zu rechnen. Da dies nicht durch gleichzeitige Kostensenkungen kompensiert werden kann, ist zu befürchten, dass sich dadurch eine deutliche Gebührenerhöhung für den nächsten Kalkulationszeitraum ergibt.

7.2 Mögliche Umsatzsteuerpflicht für kommunale Unternehmen

Sollte durch die Europäische Kommission oder auf nationaler Ebene durch den zuständigen Gesetzgeber eine Umsatzsteuerpflicht für die Kommunale Entsorgungswirtschaft eingeführt werden, wird die Mehrwertsteuer in der jeweils gültigen Höhe zu den heute zu beschließenden Gebühren zusätzlich erhoben. Die finanzielle Mehrbelastung für den Gebührenzahler würde sich dann unter Berücksichtigung des Vorsteuerabzuges für die kommunalen Betriebe in einer Größenordnung von rd. 8 % bewegen.

8. Änderungen in den Gebührensatzungen

8.1 Hausmüllentsorgungsgebührensatzung (Anlage 4)

In der Hausmüllentsorgungsgebührensatzung wurden die Gebührensätze wie in Anlage 3 dargestellt, neu festgesetzt.

In § 3 Abs. 5 Satz 1 wird die Entsorgungsgebühr für Hausmüll, der mit Container entsorgt wird, auf 120,85 €/Mg festgesetzt. Zusätzlich werden die Standgebühren für Container auf

Tagessätze umgestellt. Dieser Modus hat sich aus der betrieblichen Praxis ergeben. Für den Einbau von Schwerkraftschlössern wird ein neuer Gebührentatbestand geschaffen.

8.2 Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung (Anlage 5)

Auch in der Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung wurden die Gebührensätze wie in Anlage 3 dargestellt, neu festgesetzt. Die Gebühren für die gewerbliche Papiertonne und die gewerbliche Biotonne bleiben unverändert. Bei der reduzierten Gewerberestmüllgebühr, die auch Gewerbebetriebe nutzen können, die ihre Wertstoffe anderweitig entsorgen lassen, wird die Erhöhung analog der Gewerbemüllgebühren umgesetzt. Im gewerblichen Containerdienst wird die Entsorgungsgebühr für Abfälle zur Beseitigung analog der Gebühr bei Hausmüll auf 120,85 €/Mg festgesetzt. Die Standgebühren für Container werden analog dem Hausmüll auf Tagessätze umgestellt. Die Entsorgungsgebühr für Abfälle zur Beseitigung am Heizkraftwerk München Nord wird um 0,47 % gesenkt und beträgt künftig 120,85 €/Mg. Die Entsorgungsgebühren am Entsorgungspark Freimann werden für Asbest und Deponieabfälle zur Beseitigung auf 232,42 €/Mg angehoben, für die Anlieferung von Mineralwolle sind künftig 370,00 €/Mg zu entrichten. Die Anlieferung von Asbest und sonstigen „Deponieabfällen“ zur Beseitigung an der Annahmestelle Außernzell kostet zukünftig 89,07 €/Mg (siehe dazu Punkt 5.2.) Analog der Hausmüllgebührensatzung wird für den Einbau von Schwerkraftschlössern ein neuer Gebührentatbestand geschaffen.

8.3 Gartenabfallgebührensatzung (Anlage 6)

Analog der Hausmüllgebührensatzung werden die Standgebühren für Container auf Tagessätze umgestellt.

8.4 Hausratsperrmüllgebührensatzung (Anlage 7)

Analog der Hausmüllgebührensatzung werden die Standgebühren für Container auf Tagessätze umgestellt. Die Anliefergebühr von Hausratsperrmüll, Holz und Bauschutt am WSH Plus (Lindberghstr., Mühlangerstr.) wird auf 120,85 €/Mg reduziert.

9. Einbindung der Rechtsabteilung des Direktoriums

Hinsichtlich den von der Rechtsabteilung des Direktoriums zu vertretenden formellen Belangen besteht mit den vorgelegten Änderungssatzungen Einverständnis.

10. Entscheidungsvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Abfallgebühren gemäß Anlagen 4 - 7.

11. Begründung für die verspätete Abgabe

Eine rechtzeitige Zuleitung der Beschlussvorlage gemäß Ziffer 2.7.2 der AGAM konnte nicht erfolgen, weil zum Zeitpunkt der in der AGAM geforderten Anmeldefrist die erforderlichen stadtinternen Abstimmungen zu dieser Vorlage noch nicht abgeschlossen waren. Eine Behandlung in der heutigen Sitzung ist jedoch erforderlich, weil die vorgeschlagene Gebührenanpassung in dem in gleicher Sitzung vorgelegten Wirtschaftsplan 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes München bereits berücksichtigt ist.

12. Beteiligung der Bezirksausschüsse

In dieser Angelegenheit besteht kein Anhörungsrecht des Bezirksausschusses.

13. Unterrichtung der Korreferentin und der Verwaltungsbeirätin

Der Korreferentin des Kommunalreferates, Frau Stadträtin Ulrike Boesser, und der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Heide Rieke, wurde ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet.

14. Beschlussvollzugskontrolle

Diese Sitzungsvorlage soll nicht der Beschlussvollzugskontrolle unterliegen, weil die Satzungen nach Inkrafttreten unmittelbar geltendes Recht darstellen und damit die mit diesem Beschluss beabsichtigten Wirkungen entfalten. Satzungsänderungen müssen ohnehin vom Stadtrat beschlossen werden.

II. Antrag des Referenten

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Hausmüllentsorgungsgebühren der Landeshauptstadt München (Hausmüllentsorgungsgebührensatzung) gemäß Anlage 4, die Satzung zur Änderung der Satzung über die Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebühren der Landeshauptstadt München (Gewerbe- und Bauabfallentsorgungsgebührensatzung) gemäß Anlage 5, die Satzung zur Änderung der Satzung über die Gartenabfallgebühren der Landeshauptstadt München (Gartenabfall-Gebührensatzung) gemäß Anlage 6 und die Satzung zur Änderung der Satzung über die Hausratsperrmüll-Gebühren der Landeshauptstadt München (Hausratsperrmüllgebührensatzung) gemäß Anlage 7.
2. Das Kommunalreferat-Abfallwirtschaftsbetrieb München wird beauftragt, einen Vorschlag für eine Änderung des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes auszuarbeiten, durch den die Möglichkeit eingeräumt wird, Überschüsse für eine längerfristige Verstärkung der Benutzungsgebühren einzusetzen. Dieser Änderungsvorschlag soll dann an die entsprechenden kommunalen Spitzenverbände sowie an den Freistaat Bayern herangetragen werden.
3. Diese Sitzungsvorlage unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Der Referent

Josef Schmid
2. Bürgermeister

Axel Markwardt
Berufsmäßiger Stadtrat

- IV. Abdruck von I. mit III.
über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Direktorium – Rechtsabteilung (3-fach)
an die Stadtkämmerei-Hall
z.K.
- V. Wv. Kommunalreferat - Abfallwirtschaftsbetrieb - FR-CO

Kommunalreferat

- I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
- II. An
Büro des Oberbürgermeisters
Baureferat
KR - GL
KR - SB
AWM – Zweiter Werkleiter
AWM – VR
AWM – LO
AWM – BA
AWM – AN
AWM – MV
AWM – UK
AWM – PI
AWM – TS
AWM - PR
z.K.

Am _____